



1. Die Landtagswahl 2013 in Niedersachsen und Hannover – Spannung bis zum Wahltag

Die Landtagswahl in Niedersachsen vom 20. Januar 2013 war bis zum Wahltag ein kaum vorhersagbares Rennen. In den letzten Umfragen lagen SPD und GRÜNE knapp vor CDU und FDP. Bei der FDP war bis zum Wahltag offen, ob sie überhaupt die Fünfprozenthürde überwinden könnte. Gleichzeitig maßen die Befragten dem amtierenden Ministerpräsidenten David McAllister einen größeren Vertrauensvorsprung als dem in weiten Teilen Niedersachsens kaum bekannten Herausforderer Stephan Weil zu.

In einem nur dreiwöchigen Wahlkampf lag es den beiden großen Parteien daher vor allem daran, ihre Spitzenleute in Position zu bringen. So versuchte Weil, den Ministerpräsidenten als Weggefährten seines Vorgängers Christian Wulff in die Mitverantwortung für dubiose Finanzierungen des so genannten Nord-Süd-Dialogs und vermeintliche Vorteilmnahmen zu nehmen. Die CDU hingegen forderte Weil auf, sich von seinem Schattenminister, dem Osnabrücker Oberbürgermeister Boris Pistorius, dem Veruntreuung vorgeworfen wurde, zu trennen. Im Übrigen versuchte die CDU, den geringen Bekanntheitsgrad des Herausforderers nicht unnötig zu steigern und sich auf die Person McAllister zu konzentrieren. Ein 224 Quadratmeter großes Plakat mit dem Ministerpräsident in staatstragender Pose an einer Autobahn erregte Aufsehen.

Ein wenig wurde auch thematisch gefochten. SPD und GRÜNE versuchten die Themen Bildung und Abschaffung der Studiengebühren zu besetzen und rügten den Verkauf der Landeskliniken. Die CDU versprach mehr Hortplätze, die FDP mehr Wohnheimplätze für Studierende.

Für die CDU kam zudem Rückenwind aus Berlin, wo die Bundeskanzlerin Angela Merkel hohe Sympathiewerte genießt. Der Herausforderer der SPD, Peer Steinbrück, tat sich hingegen mit seinem Einstand als Kandidat schwer. Hohe Vortragshonorare und unglückliche Äußerungen in Interviews führten zu schlechten Umfragewerten und die eigene Partei begann mit ihrem Kandidaten zu fremdeln.

Eine echte Wechselstimmung war in dieser Konstellation kaum zu spüren, auch nach einem Fernsehduell nicht, das als ausgeglichen interpretiert wurde. Die Parteien waren daher bedacht, auf den letzten Metern noch möglichst viele unentschlossene Wähler zu mobilisieren. Allein in Hannover waren CDU und SPD zur Landtagswahl 2008 rund 50.000 Wähler ins Nichtwählerlager verlorengegangen. Dies hatte zu einer historisch geringen Wahlbeteiligung in der Landeshauptstadt von nur 56,3 Prozent geführt. Experten gingen wegen der spannenden Konstellation von einer Zunahme der Wahlbeteiligung aus.

Für LINKE und PIRATEN war die Ausgangslage bei dem öffentlichen Fokus auf die beiden großen Parteien und ihre jeweiligen Bündnispartner ausgesprochen schwierig. Beide bekamen kaum Möglichkeit, sich medial zu positionieren. Die PIRATEN befanden sich zudem bundespolitisch in einem Abwärtstrend, die LINKEN hatten sich in der Landeshauptstadt in jüngster Vergangenheit zerstritten präsentiert. Mit der landesweiten Präsentation von Sahra Wagenknecht konnte die LINKE allerdings im Schlussspurt des Wahlkampfes noch überraschen. Die letzte Umfrage sah dann die LINKE auch wieder knapp im Landtag.

Die GRÜNEN ließen nach Höhenflügen im Vorjahr in der prognostizierten Wählergunst Federn. Eine Zuspitzung auf das Thema Atomendlager war nach dem bundespolitischen und landespolitischen Bekenntnis einer ergebnisoffenen Endlagersuche nicht mehr möglich. Die GRÜNEN versuchten sich daher als moderne Großstadtpartei mit den Themen Bildung und Ernährung. Mit der erstmalig durchgeführten Urwahl zur Wahl der grünen Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl überraschten die GRÜNEN im Vorfeld der Niedersachsenwahl. Mit der Wahl der dem Realo-Flügel zugeschriebenen Katrin Göring-Eckardt mehrten sich zudem die Stimmen, die eine schwarz-grüne Koalition im Bund und auch in Niedersachsen für möglich hielten.

Die FDP machte vor allem durch die fortdauernde Diskussion um ihren Vorsitzenden Philipp Rösler von sich reden. In der letzten Sonntagsfrage vor der Wahl kam sie auf 4,5 Prozentpunkte und war damit auf eine Zweitstimmenkampagne des Koalitionspartners CDU angewiesen. Ein offenes Angebot der CDU, die zwischenzeitlich mit einer absoluten Mehrheit liebäugelte, gab es allerdings nicht. In zahlreichen Äußerungen wiesen CDU-Politiker allerdings auf die Möglichkeit des Stimmen-Splittings hin.

Dem Ausgang der Wahl in Hannover und seinen Umlandstädten und -gemeinden in der Region kam eine erhebliche Bedeutung bei der Landtagswahl zu. Hier leben nicht nur rund fast ein Siebtel der 6,1 Millionen niedersächsischen Wahlberechtigten, hier hat auch der SPD-Kandidat Weil als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt seine politische Heimat. Die SPD war darauf angewiesen, in Hannover mit dem Bekanntheitsgrad des Herausforderers ein überdurchschnittliches Wahlergebnis zu erzielen und wollte in Hannover wieder stärkste Kraft werden. Bei den beiden vorangegangenen Landtagswahlen konnte die CDU die SPD bei den Zweitstimmen in Stadt und Umland der Region Hannover überrunden. 2003 gingen 12 der 14 Direktmandate in der Region Hannover an die CDU, 2008 waren es 9 von 12. Die SPD-Mandate wurden ausschließlich in der Stadt Hannover erkämpft.

Besonderes Augenmerk lag auf der SPD-Kandidatur von Doris Schröder-Köpf im Wahlkreis Hannover-Döhren. Der Frau des ehemaligen Bundeskanzlers wurde bundesweit Aufmerksamkeit geschenkt. Bereits die parteiinterne Kampfkandidatur gegen die altgediente Landtagsabgeordnete Sigrid Leuschner schlug Wellen. Mit Benennung als Integrationsbeauftragte der Schattenregierung schien Schröder-Köpf in der medialen Berichterstattung mehr öffentliches Interesse als der Herausforderer Weil auf sich zu ziehen. Zum Ende des Wahlkampfes geriet Schröder-Köpf nochmals in die Schlagzeilen, als Leuschner medienwirksam zur Partei die LINKE wechselte.

Auch die CDU sorgte mit Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit im Landeskabinett, für Aufmerksamkeit. Özkan kandidierte im Wahlkreis Hannover Mitte, in dem traditionell die SPD erfolgreich war. Özkan wurde zudem im Vorfeld der Wahl als mögliche Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin in Hannover gehandelt, dementierte dies jedoch bis zum Wahltag.

Hannoversche Themen, wie die Neuausrichtung des oberirdischen Stadtbahnnetzes, der Ausbau von Krippenplätzen, Unternehmensansiedlungen und personelle Fragen der Stadtpolitik spielten im Wahlkampf nur eine unterschwellige Rolle, sind aber erfahrungsgemäß neben der bundespolitischen Großwetterlage mit von Bedeutung bei der Wahlentscheidung.

Drei Parteien an der Fünfprozenthürde, die bevorstehende Wahl des Bundestages im September und eine bundespolitische Überlagerung durch die Debatten um Sympathiewerte für Merkel und Vertrauensverlust bei Steinbrück, erschwerten solide Vorhersagen für die Niedersachsenwahl.

Für den Ausgang der Wahl in Hannover und in den Umlandstädten und -gemeinden in der Region war deshalb auch von Interesse, ob sich Trends der vorangegangenen Wahlen fortsetzen würden. Zum Beispiel die starke Aufteilung der Wählergunst nach Alter und Geschlecht. Die GRÜNEN und die LINKE erzielten zum Beispiel bei den Landtagswahlen 2003 und 2008 kaum Erfolge bei den Älteren über Sechzig. Gleichzeitig erreichte die CDU 2008 bei den Erstwählern vergleichsweise wenige Stimmen. Die GRÜNEN wurden überdurchschnittlich von Frauen gewählt, die LINKE stärker von Männern. Ob sich diese „Trends“ fortsetzen, verstärken oder eventuell auch wieder relativieren würden, war offen.